

ANTRAG

Antragsteller*in: XXXII. Bundeskongress

Tagesordnungspunkt: 14.2 Leitantrag des Bundesvorstands

LANEU2: Das Rezept heißt Freiheit

Antragstext

1 Das österreichische Gesundheitssystem zählt auf dem Papier zu den besten der
2 Welt. Es wird mit hohen finanziellen Mitteln ausgestattet, es verfügt über eine
3 dichte Spitalslandschaft, und viele Menschen fühlen sich grundsätzlich gut
4 versorgt. Doch es ist ein System, das von Ineffizienz und Intransparenz geprägt
5 ist.

6 Ein Kernproblem liegt in der Zersplitterung der Zuständigkeiten. Bund, Länder
7 und Sozialversicherungsträger schieben sich die Verantwortung gegenseitig zu.
8 Während der Bund die Sozialversicherung kontrolliert, die Länder die Spitäler
9 betreiben und die Gemeinden vielfach für Gesundheitsinfrastruktur zuständig
10 sind, bleibt am Ende unklar, wer tatsächlich Verantwortung trägt. Patientinnen
11 und Patienten werden zwischen den Systemen hin- und hergeschoben, während die
12 Kosten explodieren.

13 Effizienz und Innovation sollten Leitwerte liberaler Gesundheitspolitik sein.
14 Österreichs Gesundheitssystem leidet unter überholten Strukturen. Wir leisten
15 uns zu viele kleine Spitäler, die nicht ausgelastet sind, während wir in der
16 Primärversorgung am Land große Lücken haben. Wir investieren zu wenig in
17 Digitalisierung und verschlafen internationale Trends. Länder wie Dänemark
18 zeigen, dass eine moderne Gesundheitsversorgung mit weniger Spitäler, aber mehr
19 Ambulanzen und starken regionalen Zentren nicht nur günstiger, sondern auch
20 qualitativ besser sein kann.

21 Transparenz und Nachhaltigkeit sind die Grundpfeiler eines Systems, das
22 Vertrauen schafft. Nur wenn die Menschen wissen, wohin ihre Beiträge fließen,
23 und nachvollziehen können, wer wofür zuständig ist, können Reformen Akzeptanz
24 finden. Ein nachhaltiges System muss finanziert bleiben, anstatt Schuldenberge
25 auf künftige Generationen zu verschieben. Eine liberale Gesundheitspolitik muss
26 Nachhaltigkeit auch finanziell denken: Sie darf nicht kurzfristig populäre

27 Lösungen finanzieren, sondern muss Strukturen schaffen, die dauerhaft
28 finanziert sind und den kommenden Generationen Spielraum lassen. Nur so können
29 wir eine hochwertige Versorgung sichern, ohne die Jugend mit den Folgen heutiger
30 Versäumnisse zu belasten.

31 Und vor allem: Prävention muss Vorrang haben. Es ist absurd, dass Österreich pro
32 Jahr Milliarden in Spitalsaufenthalte investiert, aber vergleichsweise wenig in
33 Prävention steckt. Krankheiten gar nicht erst entstehen zu lassen, ist nicht nur
34 humaner, sondern auch volkswirtschaftlich günstiger.

35 **Strukturreformen und Kompetenzflechtung**

36 Das größte Problem unseres Gesundheitssystems ist das föderale
37 Kompetenzwirrwarr. Bund, Länder, Sozialversicherungsträger und auch viele
38 Gemeinden teilen sich Zuständigkeiten so auf, dass am Ende niemand
39 verantwortlich ist. Diese Aufsplittung führt dazu, dass Kosten und Verantwortung
40 zwischen allen Ebenen hin- und hergeschoben werden.

41 Dieses System ist nicht reformfähig, solange die Verantwortlichkeiten so
42 zersplittert bleiben. Es braucht eine klare Kompetenzflechtung. Der Bund muss
43 die übergeordnete Steuerung und Finanzierung der Gesundheitsversorgung
44 übernehmen. Die Länder sollen in klar definierter Weise die Umsetzung und den
45 Betrieb übernehmen, während Gemeinden sich auf jene Aufgaben konzentrieren, die
46 sie tatsächlich effizient erbringen können, wie Präventions- oder Sozialdienste.
47 Alle Ebenen brauchen eindeutige Zuständigkeiten und transparente Finanzströme,
48 damit Verantwortung nicht länger verschleiert, sondern übernommen wird

49 Ein zentrales Element dabei ist die **Finanzierung aus einer Hand**. Heute wird
50 versucht, Patientinnen und Patienten zwischen ambulanter und stationärer
51 Versorgung hin- und herzuschieben, weil unterschiedliche Kostenträger zuständig
52 sind. Das führt nicht nur zu Ineffizienz, sondern oft auch zu schlechterer
53 Versorgung. Wenn aber dieselbe Institution für beide Bereiche verantwortlich
54 ist, wird es im Interesse der Finanzierer liegen, die sinnvollste und
55 kostengünstigste Lösung zu wählen – und das ist fast immer die ambulante.

56 Darüber hinaus muss ein österreichweiter **Risikostrukturausgleich** eingeführt
57 werden. Noch immer hängen Leistungen und Versorgungsschwerpunkte davon ab, in
58 welchem Bundesland oder bei welcher Kasse man versichert ist. Das widerspricht
59 dem Grundgedanken eines solidarischen Gesundheitssystems. Ein einheitlicher
60 Ausgleichsmechanismus stellt sicher, dass die Versorgung unabhängig von Wohnort
61 zu den gleichen finanziellen Rahmenbedingungen erfolgen kann. .

62 Eine weitere Schwachstelle ist die **Zersplitterung der gesetzlichen**
63 **Sozialversicherungsträger**. Die derzeitige Vielzahl von Trägern mit
64 unterschiedlichen Strukturen und Leistungen ist nicht zeitgemäß. Wir fordern
65 ihre Zusammenlegung zu einer einheitlichen Krankenkasse. Damit wird nicht nur
66 Bürokratie abgebaut, sondern auch Transparenz geschaffen. Jede und jeder
67 Versicherte weiß dann, welche Leistungen ihm oder ihr zustehen – ohne
68 Unterschiede zwischen Angestellten, Selbstständigen oder Beamten.
69

70 Langfristig wollen wir anstatt des derzeitigen Systems der staatlichen
71 Pflichtversicherung eine **Versicherungspflicht** einführen. Die Versicherung muss
72 dabei einen gesetzlich festgelegten Mindeststandard an Leistungen umfassen.
73 Bürger haben dabei die Wahl zwischen diversen privaten und einem öffentlichen
74 Anbieter. Bei privaten Krankenversicherungen ist es essenziell, dem Versicherer
75 ohne Vorbehalt vertrauen zu können. Daher muss eine hohe Risikoabsicherung und
76 Eigenkapitalquote festgeschrieben werden.
77

78 Auf Seite der Versicherungsnehmer kann und soll der Lebensstil die
79 **Versicherungsprämien** beeinflussen. So könnten die Beiträge, wie beispielsweise
80 in Deutschland Usus und in der österreichischen Versicherung der Selbstständigen
81 (SVS) bereits implementiert, sinken, wenn man mehrere Vorsorgeuntersuchungen
82 absolviert. Das ist nicht nur ein Gebot der individuellen Fairness, sondern
83 würde aufgrund verstärkter Präventionsmaßnahmen auch die Gesamtkosten des
84 Systems senken. Personen mit genetischen Vorerkrankungen dürfen hierdurch jedoch
85 nicht benachteiligt werden.

86 Und schließlich braucht es mehr **Transparenz in der Mittelverwendung**. Heute ist
87 für die Öffentlichkeit kaum nachvollziehbar, wie Milliarden im System verteilt
88 werden. Die Vermischung von Mitteln aus Bund, Ländern und Krankenkassen macht es
89 unmöglich, die tatsächliche Effizienz einzelner Bereiche zu bewerten. Ein
90 transparentes, klar strukturiertes Finanzierungsmodell würde nicht nur Vertrauen
91 schaffen, sondern auch Reformdruck erzeugen.

92 Kurz gesagt: Das derzeitige föderale Geflecht ist ein System permanenter
93 Verantwortungslosigkeit. Wir JUNOS stehen für ein Gesundheitssystem, in dem
94 Zuständigkeiten klar geregelt sind, Geld und Verantwortung aus einer Hand kommen
95 und österreichweit gleiche Standards gelten. Nur so kann aus einem ineffizienten
96 Fleckerlteppich endlich ein modernes, chancengerechtes Gesundheitssystem werden.
97

98 **Schluss mit Postenschacher**

99 Die Sozialversicherung ist kein Beutegut von Schwarz und Rot. Jahrzehntelange
100 parteipolitische Besetzungen in Gremien haben Fehlanreize, Intransparenz und
101 Stillstand zementiert. Wir setzen auf professionelle, politisch unabhängige

102 Governance: Besetzungen nach klaren Qualifikationskriterien, öffentliche
103 Hearings, Cooling-off-Regeln, eine saubere Trennung von Aufsicht und operativer
104 Führung sowie volle Veröffentlichungspflichten. Nur entpolitisierte Träger
105 dienen den Versicherten – nicht den Parteizentralen.

106 **Versorgung in Stadt und Land**

107 Besonders deutlich zeigt sich die Schieflage des Systems bei der Versorgung am
108 Land. Während in Ballungsräumen Ärztinnen und Ärzte in hoher Zahl vorhanden
109 sind, kämpfen ländliche Regionen mit massiven Engpässen. Heute ist es vielerorts
110 einfacher, binnen weniger Tage einen Termin in einer Privatordination in Wien zu
111 bekommen, als am Land einen Kassenarzt zu finden. Das ist nicht nur ein
112 Gerechtigkeitsproblem, sondern auch eine Gefahr für die Attraktivität des
113 ländlichen Raums. Wer sich dort nicht versorgt fühlt, wandert ab – und die
114 Spirale der Unterversorgung dreht sich weiter.

115 Die Zukunft der Gesundheitsversorgung am Land liegt nicht im Festhalten an einer
116 Vielzahl kleiner Spitäler, die untausgelastet und teuer sind. Österreich hat
117 gemessen an der Bevölkerungszahl fast doppelt so viele Spitalsbetten wie der
118 OECD-Schnitt, aber keine besseren Ergebnisse. Stattdessen braucht es
119 leistungsfähige regionale Gesundheitszentren, die verschiedene Fachrichtungen
120 bündeln und eng mit Primärversorgungseinheiten zusammenarbeiten. Diese PVEs
121 müssen interdisziplinär organisiert sein: Ärztinnen und Ärzte, Pflegekräfte,
122 Therapeutinnen und Therapeuten sowie Psychologinnen und Psychologen sollen
123 gemeinsam unter einem Dach arbeiten. Dänemark hat vorgemacht, wie eine Reduktion
124 der Spitalsanzahl mit gleichzeitiger Verbesserung der Versorgung gelingen
125 kann.^[11] Österreich muss diesem Beispiel folgen und Mut zur Strukturänderung
126 beweisen.

127 Darüber hinaus braucht es neue mobile und digitale Angebote. Beispielsweise kann
128 eine gezielte Nutzung von Telemedizin dazu beitragen, Versorgungslücken zu
129 schließen. Digitalisierung ist dabei kein Selbstzweck, sondern eine
130 Notwendigkeit, um Menschen auch abseits der Ballungszentren gleichwertig zu
131 versorgen. Gerade für chronisch Kranke, die regelmäßig Kontrolltermine
132 benötigen, können digitale Lösungen eine enorme Entlastung darstellen.

133 **Ambulant vor stationär und Digitalisierung**

134 Österreich leistet sich eine der höchsten Spitalsdichten Europas^[12], ohne
135 dadurch bessere Ergebnisse zu erzielen. Die Zahl der Spitalsaufenthalte liegt
136 weit über dem OECD-Schnitt^[13], während gleichzeitig die durchschnittliche
137 Aufenthaltsdauer kaum sinkt. Das ist ineffizient und teuer. Wir fordern daher

138 eine echte Neuausrichtung: Ambulante Versorgung muss Vorrang haben. Wer nicht
139 zwingend stationär behandelt werden muss, soll ambulant versorgt werden.

140 Dazu braucht es Investitionen in Tageskliniken, Ambulanzen und die Vernetzung
141 von Hausärztinnen und Fachärzten. Stationäre Spitalsaufenthalte sollen auf
142 Notfälle und hochkomplexe Eingriffe beschränkt werden. Dieser Paradigmenwechsel
143 ist nicht nur kosteneffizient, sondern auch patientenfreundlich, weil Menschen
144 schneller wieder in ihr gewohntes Umfeld zurückkehren können.

145 Ein liberal gedachtes Gesundheitssystem muss auch die richtige Balance zwischen
146 niederschwelligem Zugang und verantwortungsvollem Umgang mit Ressourcen finden.
147 In Österreich sind Spitalsambulanzen oft die erste Anlaufstelle, auch für Fälle,
148 die in einer Ordination oder einem Primärversorgungszentrum kostengünstiger und
149 patientenfreundlicher behandelt werden könnten. Diese Fehlsteuerung überlastet
150 Ambulanzen und bindet Personal, das für echte Notfälle gebraucht wird. Wir JUNOS
151 sprechen uns daher für Ambulanzgebühren aus: Wer ohne akuten Notfall eine
152 Spitalsambulanz in Anspruch nimmt, soll einen moderaten Kostenbeitrag leisten.

153 Das österreichische Gesundheitssystem leidet nicht nur unter ineffizienten
154 Strukturen, sondern auch unter einem Mangel an sinnvoller Datennutzung. Weder
155 existiert ein umfassender Überblick darüber, welche Krankheiten in welcher
156 Häufigkeit auftreten, noch stehen behandelnden Ärztinnen und Ärzten konsistente
157 Informationen über Krankheitsverläufe und chronische Leiden zur Verfügung. Diese
158 Informationslücken führen zu unnötiger Bürokratie, belasten das Personal im
159 Gesundheitswesen und verschlechtern die Behandlungsqualität.

160 Ein moderner, gut gesteuerter Datenfluss könnte hingegen gezielt helfen,
161 Versorgungsstrukturen bedarfsgerecht zu planen und niederschwellige Angebote
162 dorthin zu bringen, wo sie gebraucht werden. Er eröffnet auch der Forschung
163 enorme Chancen: Bei seltenen Erkrankungen etwa könnten Patientinnen und
164 Patienten schneller in klinische Studien aufgenommen und innovative Therapien
165 rascher verfügbar gemacht werden. Selbst die reguläre Medikamentenversorgung
166 würde von einer datenbasierten Strategie profitieren – etwa durch eine
167 schnellere Zulassung wirksamer Präparate und eine bessere Abstimmung von
168 Behandlungsprozessen.

169 Ein weiteres Problem des Gesundheitssystems ist die überholte Arbeitsteilung.
170 Was nicht ausdrücklich gesetzlich geregelt ist, fällt automatisch unter den
171 ärztlichen Vorbehalt. Damit dürfen selbst hochqualifizierte Pflegekräfte,
172 Therapeut:innen oder Sanitäter:innen viele Leistungen nur auf ausdrückliche
173 ärztliche Anweisung erbringen – selbst wenn ihre Ausbildung sie längst dazu
174 befähigt. Das blockiert Abläufe, erzeugt Engpässe und verschwendet Ressourcen.
175 Österreich hat mit 5,4 Ärzt:innen pro 1.000 Einwohner zwar einen Spitzenwert in

176 der OECD^[41], dennoch mussten in den vergangenen Jahren Operationen und
177 Behandlungen ausfallen – nicht wegen fehlender Ärzt:innen, sondern weil OP-
178 Pflege, spezialisierte Assistenzkräfte oder Sanitäter:innen fehlten.

179 Wir JUNOS sehen darin ein strukturelles Problem: Die Kompetenzen zahlreicher
180 Gesundheitsberufe wurden in den letzten Jahren akademisiert und ausgeweitet,
181 ihre rechtliche und praktische Nutzung hinkt aber hinterher. Das System schöpft
182 das Potenzial dieser Berufsgruppen nicht aus und verschärft damit den
183 Personalmangel. Wir fordern daher eine umfassende Modernisierung der
184 Berufsgesetze, die es ermöglicht, Aufgaben dorthin zu verlagern, wo das
185 Fachwissen vorhanden ist. Sanitäter:innen sollen vor Ort mehr tun dürfen,
186 Pflegekräfte und Therapeut:innen sollen in ihrem Kompetenzbereich
187 eigenverantwortlich handeln können.

188 Ein modernes, liberales Gesundheitssystem setzt auf den „mündigen Patienten“.
189 Wer über seine eigenen Gesundheitsdaten verfügt, kann informierte Entscheidungen
190 treffen, Therapien aktiv mitgestalten und Doppeluntersuchungen vermeiden. Wir
191 fordern daher, dass nicht nur Ärzt:innen und andere Gesundheitsberufe, sondern
192 auch Patient:innen selbst einfachen und vollständigen Zugang zu ihren digitalen
193 Gesundheitsinformationen erhalten – sicher, verständlich und nutzerfreundlich.
194 Zugleich muss das Gesundheitsberuferegister so reformiert werden, dass
195 Qualifikationen und Spezialisierungen transparent sichtbar sind. So können
196 Personalplanung und Ausbildung besser gesteuert werden, und Patient:innen
197 profitieren von klaren Zuständigkeiten und kürzeren Wegen.
198

199 Ein besonderes Ärgernis für viele Patienten ist auch die Notwendigkeit, zu allen
200 Arztterminen die physische e-Card mitzubringen. Die e-Card muss schnellstmöglich
201 in einer vollständig digitalen Variante zur Verfügung gestellt werden. Die
202 digitale Variante soll dabei die physische Karte nicht ersetzen, sondern
203 ergänzen, um der Lebensrealität vieler Menschen gerecht zu werden, die keine
204 physischen Karten alltäglich mit sich tragen.

205 Prävention und Gesundheitskompetenz

206 Ein liberales Gesundheitssystem setzt nicht erst dann an, wenn Menschen krank
207 sind, sondern schon vorher. Österreich gibt im internationalen Vergleich viel
208 für Akutversorgung, aber sehr wenig für Prävention aus. Das muss sich ändern.

209 Gesundheitsbildung gehört von klein auf in Lehrpläne. Schon in der Volksschule
210 sollten Kinder mit den Grundlagen gesunder Ernährung und Bewegung sowie
211 physischer und psychischer Gesundheit vertraut gemacht werden. In Schulen müssen
212 Themen wie Gesundheitskompetenz, Sexualkunde und Erste Hilfe als feste

213 Bestandteile im Unterricht verankert sein. Wer früh über Risiken aufgeklärt
214 wird, kann später eigenverantwortlich Entscheidungen treffen.

215
216 Ein Kernelement einer erfolgreichen Präventionsstrategie ist ein umfangreiches
217 Impfprogramm. Viele Krankheiten könnten mit einer ausreichenden
218 Durchimpfungsrate völlig ausgerottet werden. In Österreich gibt der Nationale
219 Impfplan umfassende Empfehlungen für verschiedene Bevölkerungsgruppen, viele der
220 empfohlenen Impfungen müssen allerdings privat gezahlt werden. Angesichts der
221 riesigen gesellschaftlichen Vorteile, die durch weniger Spitalsaufenthalte und
222 Krankenstände entstehen, ist dies ein völlig falscher Anreiz. Wir fordern, dass
223 alle vom Nationalen Impfplan empfohlenen Impfungen vollständig von der
224 Krankenkasse gedeckt werden.

225 Gesundheitskompetenz beginnt nicht erst bei Ernährung und Bewegung, sondern auch
226 bei der Fähigkeit, im Notfall richtig zu handeln. Wir fordern daher, Erste-
227 Hilfe-Kurse als festen Bestandteil des Unterrichts in allen Schultypen zu
228 verankern. Kinder und Jugendliche sollen während ihrer Schullaufbahn regelmäßig
229 und praxisnah in lebensrettenden Sofortmaßnahmen geschult werden. Das stärkt
230 nicht nur das Bewusstsein für Verantwortung und Zivilcourage, sondern schafft
231 auch langfristig eine Bevölkerung, die im Ernstfall helfen kann und medizinische
232 Notfälle besser einschätzen lernt. Erste Hilfe ist damit ein zentraler Baustein
233 moderner Gesundheitsbildung und Prävention.

234 Auch Erwachsene müssen stärker in die Verantwortung genommen werden.
235 Vorsorgeuntersuchungen sollten attraktiver gestaltet, stärker beworben und mit
236 digitalen Tools verknüpft werden, die Menschen helfen, ihre Gesundheitsdaten im
237 Blick zu behalten. Krankheiten wie Diabetes Typ II oder Herz-Kreislauf-
238 Erkrankungen sind in hohem Maße vermeidbar – es braucht aber Programme, die
239 Betroffene frühzeitig erreichen und unterstützen. Prävention ist die günstigste
240 und zugleich humanste Medizin.

241 **Selbstbestimmung und moderne Medizin**

242 Ein liberales Gesundheitssystem nimmt Selbstbestimmung ernst. Dazu gehört das
243 Recht, über den eigenen Körper und die eigene Familienplanung zu entscheiden.
244 Wir fordern daher die Zulassung der Präimplantationsdiagnostik in klar
245 geregeltem Rahmen. Sie ermöglicht Paaren, schweres Leid zu verhindern und
246 verantwortungsbewusste Entscheidungen über ihr Leben zu treffen.

247 Jugendlichen soll die Funktionsweise von Verhütungsmitteln im Rahmen der
248 Sexualkunde erläutert werden. Ergänzend dazu braucht es flächendeckende
249 Aufklärung, die über Risikoverhalten, Geschlechtskrankheiten und moderne

Verhütungsmethoden informiert.

Darüber hinaus müssen Patientenrechte gestärkt werden. Patientinnen und Patienten haben Anspruch auf volle Transparenz über Behandlungsmöglichkeiten und Kosten. Sie müssen das Recht auf freie Arztwahl und Therapiefreiheit haben. Ein liberales Gesundheitssystem vertraut auf die Fähigkeit der Menschen, informierte Entscheidungen zu treffen – es bevormundet sie nicht.

Allerdings sollen verpflichtende SV-Beiträge nur für medizinische Leistungen eingesetzt werden, die nachweislich wirken. Alternative Therapien wie Homöopathie dürfen nicht von der gesetzlichen Krankenkasse gezahlt werden können. Selbstverständlich steht es den Patientinnen und Patienten frei, diese Leistungen privat zu zahlen.

Frauengesundheit und geschlechtsspezifische Medizin

Ein modernes Gesundheitssystem muss die unterschiedlichen Bedürfnisse und Lebensrealitäten von Frauen und Männern ernst nehmen. Über Jahrzehnte hinweg wurde medizinische Forschung überwiegend an männlichen Probanden durchgeführt, und die Ergebnisse wurden pauschal auf Frauen übertragen. Medikamente, Diagnosetests und Therapien sind deshalb vielfach auf den „durchschnittlichen Mann“ zugeschnitten – mit der Folge, dass Frauen häufiger Nebenwirkungen erleiden, Diagnosen verzögert gestellt werden und spezifische Krankheitsbilder weniger gut verstanden sind. Gerade bei Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Autoimmunerkrankungen und Endometriose besteht erheblicher Forschungsbedarf.

Wir JUNOS fordern deshalb eine konsequente geschlechtsspezifische Forschung und Versorgung. Arzneimittel und Medizinprodukte müssen in allen Phasen klinischer Studien auch an Frauen getestet und nach Geschlecht ausgewertet werden. In der Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten müssen frauenspezifische Symptome, Krankheitsverläufe und Therapien stärker verankert werden. Frauengesundheit umfasst aber weit mehr als biologische Unterschiede. Reproduktive und sexuelle Gesundheit ist ein zentraler Bestandteil. Dazu zählen der einfache Zugang zu sicheren und modernen Verhütungsmitteln, evidenzbasierte Information über Menstruationsgesundheit, Schwangerschaft und Geburt sowie ein Rechtsrahmen, der Frauen Selbstbestimmung garantiert.

Auch psychische und soziale Faktoren sind bei Frauengesundheit zentral. Frauen sind häufiger von Mehrfachbelastungen und Betreuungspflichten betroffen – Faktoren, die sich direkt auf ihre Gesundheit auswirken. Präventions- und Unterstützungsprogramme müssen diese Lebensrealitäten berücksichtigen, etwa beim Zugang zu psychologischer Hilfe, bei Angeboten für Alleinerziehende oder beim

288 Schutz vor Gewalt. Gewalt an Frauen ist auch ein Gesundheitsproblem:
289 medizinisches Personal muss sensibilisiert und Strukturen geschaffen werden, um
Betroffene rasch und umfassend zu unterstützen.

290 Frauengesundheit ist damit kein Nischenthema, sondern ein zentraler Maßstab für
291 die Qualität eines Gesundheitssystems. Ein liberales Gesundheitswesen muss
292 sicherstellen, dass Forschung, Diagnostik, Therapie und Arbeitsbedingungen die
293 Hälfte der Bevölkerung nicht länger benachteiligen, sondern ihre Bedürfnisse und
294 Lebensrealitäten gleichwertig berücksichtigen.

295 **Psychische Gesundheit**

296 Psychische Gesundheit ist das Stiefkind der österreichischen Gesundheitspolitik.
297 Noch immer sind psychische Erkrankungen stigmatisiert, Wartezeiten auf
298 Therapieplätze sind unzumutbar, und viele Menschen können sich Hilfe schlicht
299 nicht leisten. Dabei sind Depressionen, Angststörungen und Burnout längst
300 Volkskrankheiten. Laut OECD gehört Österreich zu den Ländern mit dem höchsten
301 Anteil psychischer Erkrankungen, gleichzeitig liegt die Zahl der
302 kassenfinanzierten Psychotherapieplätze deutlich unter dem Bedarf.

303 Die Folgen sind gravierend – nicht nur für die Betroffenen selbst, sondern auch
304 für die Gesellschaft. Psychische Erkrankungen führen zu massiven Ausfällen am
305 Arbeitsplatz, mindern Bildungs- und Berufschancen junger Menschen und
306 verursachen enorme volkswirtschaftliche Kosten. Trotzdem werden sie noch immer
307 nicht mit derselben Ernsthaftigkeit behandelt wie körperliche Leiden.

308 Wir fordern die größtmögliche Gleichstellung psychischer mit körperlichen
309 Erkrankungen in der medizinischen Versorgung. Dazu braucht es einen **massiven**
310 **Ausbau von kassenfinanzierten Psychotherapieplätzen, die flächendeckend und ohne**
311 **monatelange Wartezeiten verfügbar sind.** Besonders junge Menschen leiden unter
312 psychischem Druck. Schulen und Hochschulen brauchen Zugang zu niederschwelligen
313 psychologischen Angeboten, Beratungsstellen und Kriseninterventionsteams.
314 Gleichzeitig müssen breite Kampagnen das Tabu um psychische Erkrankungen
315 brechen.

316 Besonders gravierend ist in Österreich der Mangel an Angeboten außerhalb von
317 Spitälern. Für psychisch erkrankte Menschen gibt es kaum Einrichtungen, die eine
318 Betreuung in einem wohnortnahmen, nicht-klinischen Umfeld ermöglichen. Altenheime
319 nehmen psychisch Kranke meist gar nicht oder nur ungern auf, für junge
320 Betroffene existieren abgesehen von wenigen betreuten Wohngemeinschaften
321 praktisch keine Alternativen zum Krankenhaus – und diese Angebote können oft nur
322 genutzt werden, solange der Zustand relativ stabil ist.

323 Wir JUNOS fordern daher einen gezielten **Ausbau extramuraler Betreuung** für
324 psychisch erkrankte Menschen: mehr betreute Wohneinrichtungen, Tageskliniken,
325 mobile multiprofessionelle Teams und niederschwellige Anlaufstellen, die echte
326 Alternativen zum Spital schaffen.

327 Ein Gesundheitssystem, das psychische Probleme nicht ernst nimmt, ist kein
328 modernes System. Mentale Gesundheit ist die Grundlage für Leistungsfähigkeit,
329 Kreativität und gesellschaftliche Teilhabe – sie darf nicht länger als
330 Nebenthema behandelt werden.

331 Österreich braucht eine mutige liberale Reformagenda in der Gesundheitspolitik.
332 Wir wollen klare Strukturen, in denen Verantwortung nicht länger verschleiert,
333 sondern übernommen wird. Wir wollen eine Versorgung, die am Land genauso
334 hochwertig ist wie in der Stadt, die auf ambulante Behandlung setzt,
335 Digitalisierung nutzt und Prävention ins Zentrum rückt. Wir wollen ein System,
336 das Selbstbestimmung ernst nimmt, reproduktive Freiheit schützt und psychische
337 Gesundheit gleichwertig behandelt.

338 Wir JUNOS fordern daher ein modernes, transparentes und chancengerechtes
339 Gesundheitssystem, das nachhaltig finanziert ist, Innovation ermöglicht und
340 allen Menschen in Österreich den gleichen Zugang zu qualitativ hochwertiger
341 Versorgung garantiert.

342 [11] <https://www.nzz.ch/report-und-debatte/reformiertes-gesundheitswesen-dauenmarks-effiziente-spitalzukunft-ld.1845946>
343

344 [12] <https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-eurostat-news/w/ddn-20250715-2>

345 [13] https://www.oecd.org/en/publications/health-at-a-glance-2023_7a7afb35-en.html

346 [14] In Österreich variiert die Dichte zwischen 4,25 Ärzt:innen pro 1.000
347 Einwohner:innen im Burgenland und fast sieben in Wien (ÖÄK, 2023)

ANTRAG

Gremium: XXXII. Bundeskongress

Beschlussdatum: 19.10.2025

Tagesordnungspunkt: 14.3 Allgemeine Anträge

A4NEU: Zeit, die Zeitumstellung abzuschaffen

Antragstext

1 Die zweimal jährlich stattfindende Zeitumstellung führt seit Jahrzehnten zu
2 unnötiger Verwirrung und organisatorischem Mehraufwand, sowohl für die
3 Bevölkerung als auch für viele Unternehmen. Die einst als Argument angeführten
4 Energieeinsparungen durch die Umstellung fallen heute nicht mehr ins Gewicht,
5 vielmehr werden immer wieder Schlafstörungen, Konzentrationsschwierigkeiten und
6 ein erhöhtes Unfallrisiko festgestellt.^{[1][2]} Bei einer öffentlichen
7 Konsultation der Europäischen Kommission im Jahr 2018 haben sich daher 84% von
8 rund 4,6 Millionen Befragten klar für eine Abschaffung der Zeitumstellung
9 ausgesprochen.^[3]

10 Eine Abschaffung würde nicht nur die Planung in zahlreichen Branchen sowie die
11 Funktionsweise zeitbasierter Systeme und Anwendungen vereinfachen, sondern auch
12 den natürlichen Biorhythmus der Menschen erhalten. Damit würden Produktivität,
13 Lebensqualität und Gesundheit gleichermaßen profitieren.

14 **Wir Junge liberale NEOS – JUNOS unterstützen deshalb die Forderung nach einem**
15 **Ende der Zeitumstellung** und fordern die europäischen Staaten auf, in gemeinsamer
16 Abstimmung zu einer einheitlichen Standardzeit zu gelangen, bevorzugt in Form
17 der bisherigen Sommerzeit.

18 [\[1\] vorarlberg.ORF.at | 30.03.2025 | Zeitumstellung kann krank machen](#)

19 [\[2\] Wiener Städtische | 29.03.2019 | Zeitumstellung bringt mehr Kfz-Unfälle](#)

20 [\[3\] Europäische Kommission | 31.08.2018 | Konsultation zur Sommerzeit: 84 Prozent](#)
21 [der Teilnehmer sind für die Abschaffung der Zeitumstellung in der EU](#)

ANTRAG

Gremium: XXXII. Bundeskongress

Beschlussdatum: 19.10.2025

Tagesordnungspunkt: 14.3 Allgemeine Anträge

A5NEU: Atomarer Schutzschild // Made in Europe.

Antragstext

1 Angesichts der angespannten internationalen Sicherheitslage, des russischen
2 Angriffskrieges auf die Ukraine und der zunehmenden Unberechenbarkeit der USA
3 ist eine eigenständige europäische Verteidigungsfähigkeit – auch innerhalb der
4 NATO – wichtiger denn je.

5 Bereits im März 2025 hat der französische Präsident Emmanuel Macron in Aussicht
6 gestellt, einen atomaren Schutzschild über europäische Partner zu spannen.^[11] Wir
7 **Junge liberale NEOS – JUNOS begrüßen diesen Vorstoß ausdrücklich.** Österreich
8 soll die Initiative Macrons klar unterstützen und sich für eine Einbindung in
9 einen europäischen Schutzschild einsetzen.

10 Gleichzeitig darf sich Europa nicht allein von der politischen Stabilität
11 Frankreichs abhängig machen. **Deshalb sprechen wir uns mittelfristig für eine**
12 **europäische Lösung aus**, in der mehrere europäische Partnerstaaten Verantwortung
13 für die nukleare Abschreckung übernehmen. Auf lange Sicht soll diese gemeinsame
14 Verantwortung in eine EU-Armee überführt und durch ein handlungsfähiges,
15 demokratisch legitimiertes europäisches Kommando kontrolliert werden.

16 Langfristiges Ziel bleibt die atomare Abrüstung, doch solange autoritäre Mächte
17 wie Russland über Nuklearwaffen verfügen, braucht Europa eine glaubwürdige
18 Abschreckung.

^[11][SRF | 06.03.2025 | Wird Frankreich zu Europas Lebensversicherung?](#)

ANTRAG

Antragsteller*in: XXXII. Bundeskongress

Tagesordnungspunkt: 14.3 Allgemeine Anträge

A9NEU: Kettensäge für Österreich

Antragstext

1 Nach Jahrzehnten des Stillstands und der Reformverweigerung steckt Österreich
2 wirtschaftlich wie strukturell in einer tiefen Krise. Wir haben die **vierthöchste**
3 **Steuer- und Abgabenquote^[1]** und die **fünfthöchste Belastung auf Arbeit^[2]** in der
4 OECD, sowie die **vierthöchsten Arbeitskosten** in der EU.^[2a] Außerdem nennen 83 %
5 der österreichischen KMUs **Bürokratie und Regulierung** als ihr größtes Problem.^[3]

6 Der Staat wächst derweil ungebremst: Österreich hat den **größten Sozialstaat^[4]**
7 ^[5] in der OECD, während die **Gesamtverschuldung** mittlerweile **über 400 Milliarden**
8 **Euro^[6]** beträgt. Das Budgetdefizit lag im ersten Halbjahr 2025 bereits bei **5,3 %**
9 **des BIP^[7]**, begleitet vom **niedrigsten Wirtschaftswachstum^[8]** in der EU und einer
10 **überdurchschnittlichen Inflation^[9]**. **Immer längere Pensionszeiten^[10]** und eine
11 **historisch niedrige Geburtenrate^[11]** verschärfen zusätzlich die demographischen
12 Herausforderungen und gefährden die Nachhaltigkeit des Systems.

13 **So kann es nicht weitergehen.** Für uns Junge liberale NEOS – JUNOS ist klar:
14 Österreich muss von der überbordenden Bürokratie, lähmender Regulierung und der
15 erdrückenden Steuerlast befreit werden, um endlich wieder durchstarten zu
können. Denn die Daten zeigen eindeutig: **Wirtschaftliche Freiheit** bedeutet nicht
16 nur höhere Einkommen, sondern auch weniger Armut, mehr persönliche Freiheit,
17 höhere Lebenserwartung, eine bessere Nachhaltigkeitsbilanz und weniger
18 Korruption.^[12]

20 **Es ist höchste Zeit, die Kettensäge anzusetzen:** Österreich braucht radikale
21 Entlastung, Entbürokratisierung und Deregulierung. Der Staat darf nicht weiter
22 anwachsen, sondern muss effizienter und schlanker werden. Nur so können die
23 **Wirtschaft entfesselt** und wieder **Chancen und Spielräume für kommende**
24 **Generationen** geschaffen werden.

25 **Schluss mit dem Papierkrieg durch Entbürokratisierung**

26 Österreich erstickt im Bürokratiedschungel. Wer arbeiten, gründen oder bauen
27 will, darf nicht länger durch Schikanen und Papierberge behindert werden. Wir
28 JUNOS fordern die Reduktion von Bürokratie auf das Wesentliche.

- **Digitale und effiziente Behördengänge:** Sämtliche behördlichen Prozesse und Anträge müssen unkompliziert im Rahmen eines digitalen „One-Stop-Shops“ möglich gemacht werden, sodass der persönliche Behördenbesuch lediglich als freiwillige Option bleibt. Insbesondere Unternehmensgründungen müssen innerhalb weniger Schritte erfolgen können.^[13] Daten sollen im Sinne des „Once-Only-Prinzips“ stets nur einmal an den Staat übermittelt werden müssen und Genehmigungsverfahren sind mit verbindlichen Fristen zu versehen – bleibt die Entscheidung aus, gilt der Antrag automatisch als genehmigt.
- **Nur notwendige Dokumentation:** Berichts- und Dokumentationspflichten müssen überall dort abgeschafft werden, wo sie keinen Beitrag zu Sicherheit, notwendiger Transparenz und Kontrolle leisten. Digitale Aufzeichnungen müssen stets genauso wie analoge Berichte anerkannt werden.
- **Ausbau von Pauschalierungen:** Die Pauschalierungsmöglichkeiten müssen ausgeweitet und bestehende Optionen wie die Kleinunternehmerregelung vereinfacht werden.
- **Arbeit ermöglichen statt verhindern:** Hürden für Neueinstellungen müssen abgebaut werden, weniger Auflagen und mehr Vertragsfreiheit im Arbeitsrecht schaffen faire und flexible Arbeitsbedingungen.^[14] Um dem Arbeitsmarkt dringend benötigte Arbeitskräfte zuzuführen, müssen ausländische Abschlüsse rascher anerkannt und Asylwerber:innen Möglichkeiten zur Arbeit eröffnet werden.^[15]
- **Überflüssige Auflagen streichen:** Betriebe dürfen nicht länger mit Bagatellvorschriften oder überbordenden Detailauflagen belastet werden. Ganz konkret soll etwa die Kassenbonpflicht für Kleinbeträge abgeschafft werden.
- **Bau- und Mietrecht entrümpeln:** Die Vielzahl an Vorschriften und Genehmigungen beim Bauen und Vermieten muss vereinfacht und auf das Wesentliche reduziert werden.^[16] Der Abbau überzogener Auflagen schafft Planungssicherheit, fördert Investitionen und ermöglicht leistbaren Wohnraum sowie preiswerte Geschäftsflächen.
- **Meldestelle für Bürokratie:** Es muss online eine niederschwellige

61 Möglichkeit eingerichtet werden, unter der bürokratische und
62 regulatorische Hürden gemeldet werden können. Nach einer kurzen Prüfung
63 der Meldungen müssen rasch Schritte gesetzt werden, um die Hürden zu
64 beseitigen, wo dies nicht möglich ist, muss dem Melder dies begründet
65 werden.

66 Endlich aufatmen durch steuerliche Entlastung

67 Österreich ist Hochsteuerland. Arbeit, Unternehmertum und Investitionen werden
68 hierzulande stärker belastet als belohnt. Wir JUNOS fordern spürbare Entlastung
69 und starke Anreize für Leistung.

- 70 • **Drastische Senkung der Steuerlast:** Die Steuern und Abgaben müssen deutlich
71 reduziert werden, in einem ersten Schritt durch eine Abschaffung
72 sämtlicher Bagatellsteuern und eine Senkung von KÖSt und USt.^[14] In einem
73 zweiten Schritt muss das Steuersystem massiv vereinfacht und ein
74 Einheitssteuersatz eingeführt werden.^[17] Ebenso hat die Senkung der
75 Lohnnebenkosten höchste Priorität, um wettbewerbsfähig zu bleiben.^[18]
- 76 • **Vollzeit muss sich lohnen:** Die Progression der Lohnabgaben muss so
77 abgeflacht werden, dass Mehrarbeit sich finanziell spürbar auszahlt – mit
78 dem Ziel eines einheitlichen Steuersatzes.^[17] Überstunden samt Zuschlägen
79 müssen steuerfrei werden.
- 80 • **Einführung einer Superabschreibung:** Flexiblere Abschreibungsmöglichkeiten
81 müssen Unternehmen mehr Spielraum für Innovation und Expansion eröffnen.
82 Mit einer „Superabschreibung“ können Investitionen in Zukunftsbereiche wie
83 Digitalisierung oder Klimaschutz bereits im Anschaffungsjahr vollständig
84 steuerlich geltend gemacht werden.
- 85 • **Gleichstellung von Fremd- und Eigenkapital:** Eigenkapital darf steuerlich
86 nicht länger benachteiligt werden, fiktive Eigenkapitalzinsen müssen
87 ebenso absetzbar sein wie Fremdkapitalzinsen.
- 88 • **Verlustrücktrag dauerhaft verankern:** Unternehmen müssen Verluste nicht nur
89 in die Zukunft mitnehmen können, sondern auch rückwirkend mit Gewinnen aus
90 Vorjahren verrechnen dürfen.
- 91 • **Mehr Kapital:** Private Investitionen in Start-ups und kleine Unternehmen
92 sollen durch steuerliche Begünstigungen auf Investitionsbeträge, sowie
93 KEST-Reduzierungen nach langen Halteperioden attraktiver gemacht werden.
94 Gleichzeitig ist der Gewinnfreibetrag deutlich zu erhöhen, um den

95 Eigenkapitalaufbau zu erleichtern.

- 96 • **Steuerfreie Kursgewinne nach Behaltefrist:** Kursgewinne müssen mit einer
97 Behaltefrist von einem Jahr von der KEST befreit werden.^[14]

98 **Märkte entfesseln durch Deregulierung**

99 Österreichs Wirtschaft steckt in Vorschriften und Verboten fest. Innovation wird
100 blockiert, Chancen gehen verloren. Wir JUNOS fordern offene Märkte durch das
101 Streichen von Auflagen und die Freisetzung von Kapital.

- 102 • **Gewerbe befreien:** Die Gewerbeordnung muss so reformiert werden, dass nur
103 noch Gewerbe eingeschränkt werden, die Leib und Leben unmittelbar
104 bedrohen.^[19] Betriebsanlagengenehmigungen dürfen ausschließlich dann
105 vorgeschrieben werden, wenn sie tatsächlich dem Schutz von Gesundheit,
106 Sicherheit oder Umwelt dienen. Staatlich festgelegte Preise und Monopole
107 wie etwa in der Taxi-Branche müssen konsequent abgeschafft werden.
- 108 • **Freiwillige Aufsicht statt Zwang:** In regulierten Bereichen muss
109 Unternehmen die Wahlfreiheit eingeräumt werden, ob sie unter staatlicher
110 Aufsicht arbeiten wollen oder nicht. Wer auf eine staatliche Prüfung
111 verzichtet, muss dies klar und transparent gegenüber Kund:innen
112 offenlegen.
- 113 • **Keine willkürlichen Einschränkungen:** Vorgegebene Öffnungszeiten^[20],
114 Sperrstunden, staatlicher Gebietsschutz^[14], Sortimentsbeschränkungen und
115 Verbote von Produktbezeichnungen sind willkürliche Eingriffe in die
116 Wirtschaft und müssen vollständig aufgehoben werden.
- 117 • **Mehr Flexibilität bei der Arbeitszeit:** Arbeitszeitregelungen müssen
118 deutlich liberalisiert werden.^[17] Über Betriebsvereinbarungen und
119 individuelle Einigungen sollen flexible Modelle für Wochenstunden,
120 Ruhezeiten und Sonntagsarbeit möglich werden.

121 **Freiheits- statt Regulierungsunion durch europäische** 122 **Entfaltung**

123 Die EU schafft Chancen durch den Binnenmarkt – und bremst sie zugleich mit immer
124 neuen Hürden. Wir JUNOS fordern die Stärkung von Freihandel und eine Abkehr von
125 überbordender Regulierung durch die EU.

- **Freihandel forcieren:** Die EU muss neue Freihandelsabkommen vorantreiben und bestehende Handelshemmnisse so weit wie möglich beseitigen.^[21]
- **Binnenmarkt vollenden:** Der europäische Binnenmarkt muss endlich auch für digitale Dienstleistungen^[22] und Kapitalströme vollendet werden. Geoblocking und bürokratische Hürden bei grenzüberschreitenden Angeboten sind abzubauen, ebenso die Fragmentierung der Finanzmärkte.
- **EU-Regulierung entrümpeln:** Die EU muss sich bei Regulierungen auf gemeinsame Standards konzentrieren, statt neue bürokratische Hürden aufzubauen. Bereits bestehende, überzogene Vorschriften wie die Lieferkettenrichtlinie müssen wieder aufgehoben werden. Österreich soll bei der Umsetzung von europäischen Regeln konsequent auf „Gold-Plating“ verzichten.

Verkrustete Strukturen sprengen durch eine Verschlankung des Staats

Österreich leistet sich einen aufgeblähten Staat mit zu vielen Ebenen, Doppelgleisigkeiten und kostspieligen Strukturen. Wir JUNOS fordern einen schlanken Staat und klare Kompetenzen.

- **Regierung und Verwaltung verschlanken:** Die Bundesregierung muss deutlich verkleinert werden, ebenso die Landesregierungen. In Wien sind die nicht amtsführenden Stadträt:innen ersatzlos zu streichen. In Verwaltung und Ministerien muss Personal abgebaut werden, neue Stellen sollen durch einen konsequenten Stellenstopp verhindert und Pensionierungen nicht 1:1 nachbesetzt werden.
- **Entflechtung der Kompetenzen:** Die Kompetenzverflechtungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden müssen aufgelöst werden. Sämtliche Doppelgleisigkeiten sind zu beseitigen, Prozesse zu verschlanken und Verwaltungsabläufe effizienter zu gestalten.
- **Privatisierung von Staatsbetrieben:** Staatliche Unternehmen und Beteiligungen müssen weitgehend verkauft werden. Verstaatlichungen dürfen als unzulässiger Übergriff nicht vorkommen. Es ist dabei zu beachten, dass Anteile strategisch wichtiger Unternehmen und kritischer Infrastruktur zumindest 51% dem BMB, also einer zentralen Beteiligungsmanagement Gesellschaft des Bundes, gehören.^[23]

- 159 • **Dezentraler Einheitsstaat:** Die Länder müssen zu reinen
160 Verwaltungseinheiten umgestaltet und der Bundesrat abgeschafft werden.^[24]
161 Die Zahl der Gemeinden muss durch Zusammenlegungen drastisch reduziert und
162 ihnen mehr Mitbestimmung zugesprochen werden. Die Verankerung der Kammern
163 in der Verfassung muss zugunsten von freiwilliger Interessenvertretung
164 entfernt werden.^[25]

165 Raus aus der Schuldenfalle durch Einsparungen

166 Österreich lebt über seine Verhältnisse. Dauerhaft steigende Ausgaben laden den
167 Jungen einen immer schwereren Schuldenrucksack auf. Wir JUNOS fordern klare
168 Einsparungen, generationengerechte Reformen und eine Schuldenbremse im
169 Verfassungsrang.

- 170 • **Förderungen neu ordnen:** Förderungen müssen konsequent gestrichen werden,
171 wenn sie nicht nachweislich im öffentlichen Interesse liegen.
172 Doppelgleisigkeiten sind zu beseitigen, bürokratische Zuschüsse ersatzlos
173 abzuschaffen.^[26] Die staatliche Parteienförderung ist radikal zu
174 kürzen.^[27]
- 175 • **Keine Inserate mit Steuergeld:** Alle Werbeausgaben der Regierung^[28] und
176 staatlicher Unternehmen müssen ersatzlos gestrichen werden, wo es keine
177 gut begründete Notwendigkeit dafür gibt. Um das Überleben unserer
178 Medienlandschaft zu sichern, sollen, seitens des Staats/der Regierung, in
179 Kombination mit der Reduzierung der Inserate auch kostensparende
180 Entlastungsmaßnahmen getroffen werden.
- 181 • **Neuverhandlung des Finanzausgleichs:** Der Finanzausgleich muss grundlegend
182 reformiert, Doppelgleisigkeiten beendet und Finanzströme klaren
183 Zuständigkeiten zugeordnet werden.
- 184 • **Generationengerechte Pensionsreform:** Das Pensionsantrittsalter muss
185 nachhaltig erhöht werden. Das überholte Umlageverfahren ist durch ein
186 Beitragssystem mit individuellen Pensionskonten zu ersetzen^[29], ergänzend
187 ist eine Aktienpension nach schwedischem Vorbild einzurichten^[30]. Arbeit
188 im Alter und flexible Teilpensionen müssen möglich sein, ohne bestraft zu
189 werden. Alle Sonderregelungen und Privilegien sind sofort abzuschaffen,
190 sämtliche staatlichen Pensionen ins ASVG zu überführen und überhöhte
191 Bezüge nach tatsächlicher Beitragsleistung zu kürzen.^[29]
- 192 • **Sozialstaat mit Maß:** Die Sozialhilfe muss bundesweit einheitlich
193 ausgestaltet werden^[15], das Arbeitslosengeld ist degressiv zu

194 gestalten^[17]. Pull-Faktoren im Sozialstaat, die illegale Migration
195 begünstigen, sind konsequent zu beseitigen.

- 196 • **Valorisierung reformieren:** Sozialleistungen und Pensionen dürfen nicht
197 länger automatisch vorab an die Inflation (oder darüber) angepasst werden,
198 sondern müssen künftig erst nach den Lohnverhandlungen erfolgen und sich
199 am Tariflohnindex orientieren. Erwerbsloses Einkommen darf nicht schneller
200 steigen als Arbeitseinkommen.
- 201 • **Ausgaben im Zaum halten:** Österreich braucht verbindliche Grenzen für
202 Staatsverschuldung, Ausgaben und Sozialleistungen im Verfassungsrang.^[31]
203 Die Neuverschuldung ist zu stoppen und bestehende Schulden konsequent
204 abzubauen.

205 [1] OECD | 21.11.2024 | [Revenue Statistics 2024](#)

206 [2] OECD | 30.04.2025 | [Taxing Wages 2025](#)

207 [2a] Eurostat | 28.03.2025 | [Wages and labour costs](#)

208 [3] Europäische Kommission | 02.07.2025 | [Startups, scaleups and
209 entrepreneurship](#)

210 [4] Selektiv | 08.05.2025 | [Sozialstaat um jeden Preis?!](#)

211 [5] Financial Times | 21.09.2025 | [In charts: Can Germany afford its €1.35tn
212 welfare state?](#)

213 [6] Statistik Austria | [Öffentlicher Schuldenstand](#)

214 [7] DiePresse.com | 30.09.2025 | [Defizit stieg im ersten Halbjahr auf 5,3
215 Prozent der Wirtschaftsleistung](#)

216 [8] Selektiv | 18.08.2025 | [Morning in Brief, 18. August 2025](#)

217 [9] Eurostat | 17.09.2025 | [Annual inflation stable at 2.0% in the euro area](#)

218 [10] Selektiv | 06.06.2025 | [Morning in Brief, 6. Juni 2025](#)

219 [11] Statistik Austria | 26.02.2025 | [Durchschnittliche Kinderzahl pro Frau 2024
220 auf Allzeit-Tief gesunken](#)

- 221 [12] Fraser Institute | 25.09.2025 | [Economic Freedom of the World: 2025 Annual Report](#)
222
- 223 [13][Auf in die digitale Gegenwart](#), beschlossen durch den XVII. Bundeskongress in
224 Wien
- 225 [14][Mut zur Freiheit: Unsere Vision für ein besseres Österreich](#), beschlossen
226 durch den XXVIII. Bundeskongress in Linz
- 227 [15][Ordnung statt Chaos – Zuwanderung mit Plan und Perspektive](#), beschlossen
228 durch den XXX. Bundeskongress in Wien
- 229 [16][Zukunft neu bauen! Unsere Bauanleitung für nachhaltig günstiges Wohnen.](#),
230 beschlossen durch den XXVI. Bundeskongress in Wien
- 231 [17][Flat Tax – Revolution des Steuersystems](#), beschlossen durch den V.
232 Bundeskongress in Graz
- 233 [18][Aufstieg neu denken! Die liberale Arbeitswelt von morgen](#), beschlossen durch
234 den XXVII. Bundeskongress in Klagenfurt
- 235 [19][Reform der Gewerbeordnung](#), beschlossen durch den VIII. Bundeskongress in
236 Innsbruck
- 237 [20][Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten](#), beschlossen durch den II.
238 Bundeskongress in Wien
- 239 [21][Freier Handel für freie Menschen](#), beschlossen durch den XXIX. Bundeskongress
240 in Salzburg
- 241 [22][Vereintes Europa – Zukunft in Freiheit](#), beschlossen durch den XVIII.
242 Bundeskongress in St. Pölten
- 243 [23][Let's privatise it!](#), beschlossen durch den XX. Bundeskongress in Salzburg
- 244 [24][Österreich als dezentraler Einheitsstaat mit Einkammerparlament](#), beschlossen
245 durch den V. Bundeskongress in Graz
- 246 [25][Freiwillige Interessensvertretung statt Kammerzwang](#), beschlossen durch den
247 II. Bundeskongress in Wien

- 248 [26] Agenda Austria | 31.07.2025 | [Wir. Streichen. Alles.](#)
- 249 [27][Programm für eine neue Generation](#), beschlossen durch den XV. Bundeskongress
250 in Wien
- 251 [28][Vielgeprüftes Österreich. Maßnahmen für eine saubere Politik.](#), beschlossen
252 durch den XXIV. Bundeskongress in Wien
- 253 [29][Die gerechte Pension](#), beschlossen durch den XII. Bundeskongress in Wien
- 254 [30][Einführung einer Aktienpension](#), beschlossen durch den XXVI. Bundeskongress
255 in Wien
- 256 [31][Gefesselter Staat, glückliche Bürger](#), beschlossen durch den XXVIII.
257 Bundeskongress in Linz